

Demokratie und Geschlechtergleichstellung

Demokratie braucht Geschlechtergleichstellung.

Wenn demokratische Gesellschaften Menschen aufgrund ihres Geschlechts von politischer Teilhabe ausschließen, wird das demokratische Teilhabeverprechen gebrochen. Demokratie genießt daher mehr Legitimität, wenn sie Geschlechtergleichstellung fördert.



Geschlechtergleichstellung braucht Demokratie.

In Demokratien sollen alle Menschen gleich teilhaben können. Feministische Politiker*innen und Aktivist*innen können daran anknüpfen und in demokratischen Systemen mehr mitbestimmen als in undemokratischen.



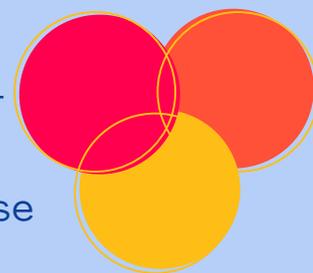
Geschlechtergleichstellung, die auf einem diversen Verständnis von Geschlecht basiert, ist demokratischer als die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Werden Menschen mit geschlechtlichen Identitäten außerhalb der binären Kategorien Frauen und Männer in Gleichstellungspolitik von politischer Teilhabe ausgeschlossen, wird das demokratische Teilhabeverprechen gebrochen. Ein diverses Geschlechtsverständnis fördert zudem das Aufbrechen von Geschlechterrollen und -hierarchien und stärkt damit Geschlechtergleichstellungspolitik.



Gleichstellung, die Intersektionalität mitdenkt, ist demokratischer als Geschlechtergleichstellung.

Werden weitere Achsen von Ungleichheit – etwa rassistische Zuschreibung, Sexualität, Behinderung oder Alter – bei Gleichstellungspolitik mitgedacht und verschränkt verstanden, ermöglicht dies eine inklusivere und umfassendere Gleichstellungspolitik. Diese ist demokratischer, weil sie das Gleichheitsversprechen wahr.



Eine demokratische Organisation des Wirtschaftens führt zu mehr Geschlechtergleichstellung und Demokratie.

Die kapitalistische Arbeitsorganisation bricht mit demokratischen Grundprinzipien, indem sie Frauen*arbeit unsichtbar macht oder abwertet und indem sie selbst undemokratisch und hierarchisch organisiert ist. Eine demokratische Organisation des Wirtschaftens, bei der alle gemeinsam entscheiden, wer, wann, was macht und wie lebenswichtige Ressourcen ver- und geteilt werden, ist daher unabdinglich für Geschlechtergleichstellung und für mehr Demokratie.





Alle Infos hier

Impressum

Herausgegeben von:
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in
Europa

Hauptsitz: Zeilweg 42, D-60439 Frankfurt a. M.
+49 (0)69 - 95 78 9-0
Standort Berlin: Lahnstraße 19, D-12055 Berlin
+49 (0)30 - 616 717 9-0

Schriftleitung:
Benjamin Landes (V. i. S. d. P.)
Julia Lux
beobachtungsstelle@iss-ffm.de

Die Beobachtungsstelle ist ein Projekt das aus Mitteln des Bundes-
ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der
Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt
obliegt dem herausgebenden Institut.

Träger der Beobachtungsstelle:
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

Gestaltung: Julia Lux mit www.canva.com
Erscheinungsdatum: Juni 2024

Diese Infografik ist eine Veröffentlichung der
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische
Entwicklungen in Europa und kann bezogen werden bei
www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de.



Beobachtungsstelle für
gesellschaftspolitische
Entwicklungen in Europa

ISS
Gemeinnütziger e. V.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend